

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Archiv-Version



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Marcus Böick & Annette Schuhmann

FRONTIER-ERFAHRUNG IM „WILDEN OSTEN“

Ein Interview mit dem Historiker Marcus Böick

DOI: 10.14765/zzf.dok-1309

Marcus Böick und Annette Schuhmann, Frontier-Erfahrung im „wilden Osten“. Die Treuhand in den 1990er Jahren. Ein Interview mit dem Historiker Marcus Böick, Archiv-Version des ursprünglich auf dem Portal Zeitgeschichte|online am 30.09.2018 erschienenen Beitrags: <https://zeitgeschichte-online.de/interview/frontier-erfahrung-im-wilden-osten>

zeitgeschichte | online

Copyright © 2023 Clio-online – Historisches Fachinformationssystem e.V. und Autor/in, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist zum Download und zur Vervielfältigung für nicht-kommerzielle Zwecke freigegeben. Es darf jedoch nur erneut veröffentlicht werden, sofern die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Dies betrifft auch die Übersetzungsrechte. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>. Für die Neuveröffentlichung von Bild-, Ton- und Filmmaterial, das in den Beiträgen enthalten ist, sind die dort jeweils genannten Lizenzbedingungen bzw. Rechteinhaber zu beachten.

Frontier-Erfahrung im „wilden Osten“

Ein Interview mit dem Historiker Marcus Böick

Marcus Böick und Annette Schuhmann, 30. September 2018

Die Debatten um die kollektive Gefühlslage in den neuen Bundesländern, die nicht selten mit der Beschreibung des „Abgehängtsein“ einhergehen, haben Konjunktur. Zudem werden spätestens seit den Bundestagswahlen im September 2017 Gründe für die hohe Zahl an ProtestwählerInnen und den konstanten Anstieg rechter Gewalttaten in den neuen Bundesländern wieder verstärkt diskutiert. Bereits im Mai 2017 erschien zu diesem Thema die kontrovers diskutierte Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zu den „Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland“, die von der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer in Auftrag gegeben wurde.[1]

Doch auch jenseits der Ursachenforschung rechter Gewalt in den neuen Ländern fällt auf, dass die Kluft zwischen Ost und West sich nicht wirklich schließen will. Gründe dafür finden sich nicht zuletzt im Verlauf der Transformationsphase, die zunehmend in den Fokus der zeithistorischen Forschung gerät. So hat sich etwa der Historiker Marcus Böick im Rahmen seiner Promotion mit der Geschichte der Treuhand beschäftigt.

Während diese Behörde in der Erinnerung der Bevölkerung der alten Bundesländer wohl kaum noch eine wesentliche Rolle spielt, ist das Verhältnis der Ostdeutschen zur Arbeitsweise der Treuhand ein eher ambivalentes. Die Gründe für die Unterschiede in der Wahrnehmung der Treuhand sind sicher vielfältig und haben sich im Laufe der Zeit verändert. Das Agieren der Behörde war jedoch, so viel ist sicher, prägend für die Transformationsphase und die wirtschaftsstrukturellen Entwicklungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Und nicht nur das, es scheint, dass die Wahrnehmung der Treuhand in Ost und West Stereotype und Klischees vom jeweils „anderen“ verfestigt, zum Teil sogar erst hat entstehen lassen.

Um dem „Phänomen“ Treuhand, ihrer Entstehungs- und Arbeitsweise, ihrer Wahrnehmung durch die ZeitgenossInnen und den Folgen ihrer Tätigkeit näher zu kommen, führten wir ein Interview mit dem Historiker Marcus Böick. Die Fragen an Marcus Böick wurden schriftlich formuliert und beantwortet.

Schuhmann: Sie bezeichnen die Treuhand als „exzeptionell-unternehmerisches Revolutionsregime“. Was bedeutet das?

Böick: Im Laufe des Sommers 1990 haben die wesentlichen politischen Akteure, allen voran natürlich die Bonner Bundesregierung, die Verantwortung für die praktische Ausgestaltung der wirtschaftlichen Transformationsprozesse in der Planwirtschaft gewissermaßen an ein neuartiges Gebilde ausgelagert, was natürlich durchaus dem marktoptimistischen und staatskeptischen Zeitgeist entsprach: Die Treuhandanstalt verwandelte sich so schlagartig von einer ursprünglich noch am Runden Tisch zur „Bewahrung“ bzw. Verteilung des „Volksvermögens“ gegründeten DDR-Dienststelle in eine möglichst staatsfern ausgerichtete Privatisierungsagentur, die von erfahrenen westdeutschen Managern und Unternehmen in größtmöglicher Eigenregie geführt werden sollte. In dieser Hinsicht war die Treuhand zwar formal eine ab dem Oktober 1990 dem Bundesfinanzministerium unterstellte Behörde, sollte aber in der Praxis wie ein marktorientiertes Unternehmen agieren und entscheiden, um so politische Interventionen von außen zu vermeiden. Die Treuhand und ihr Personal setzten damit, unmittelbar nach Abschluss der politischen Revolution mit dem Beitritt der fünf neuen Länder zu Grundgesetz und Bundesrepublik, die umfassenden sozioökonomischen Umbrüche auf dem Weg vom Plan zum Markt ins Werk. Und diese umfassenden Prozesse waren in Tiefe und Umfang in der Tat revolutionär wie außergewöhnlich. Der Historiker Konrad H. Jarausch sprach bereits in den 1990er Jahren davon, dass die eigentlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umbrüche erst nach dem 3. Oktober 1990 begonnen hätten; auch Jürgen Kocka hat sehr früh diese „Vereinigungskrise“ diagnostiziert.[2] Dies sind aber Lesarten, die sich in der hiesigen Zeitgeschichtsforschung erst allmählich durchzusetzen beginnen, da sich das Blickfeld nun in die 1990er-Jahre weitet.

Schuhmann: Wie sahen Ideen einer „sozialistischen“ Wirtschaftsreform aus, etwa der „Dritte Weg“ der Linken? War die Institution „Treuhand“ in der Tat alternativlos?

Böick: Sicherlich gab es eine ganze Reihe diskutierter Alternativen, die vor allem seit dem Herbst 1989 bis ins Frühjahr 1990 umfassend in Ost und West verhandelt wurden: in etlichen Zeitungsartikeln, auf emotional geführten Podiumsdiskussionen, in theoretischen Aufsätzen, in umfassenden Sondergutachten oder in hunderten Leserbriefen und so weiter. Die Reformkommunisten der Modrow-Regierung hatten im Dezember 1989 eine große Arbeitsgruppe unter Ministerin Christa Luft zur Wirtschaftsreform eingerichtet, die eher einen langfristigen Umbauprozess im Blick hatte. Die SED/PDS-ReformerInnen wollten quasi auf den Spuren der abgebrochenen Reformen der 1960er-Jahre sukzessive Marktelemente einführen, den Betrieben mehr Handlungsspielräume eröffnen und auch internationale Investoren schrittweise ins Land lassen. Aber insgesamt sollte das Staatseigentum erhalten bleiben – wie natürlich auch die umfassenden sozialpolitischen „Errungenschaften“. Die DDR und ihre Planwirtschaft sollten so langfristig modernisiert und erhalten werden. In den Reihen der ostdeutschen Oppositionellen fanden sich dagegen nur wenige Personen, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigten. Am Runden Tisch schlug eine dieser Gruppen, vertreten von Wolfgang Ullmann, im Februar 1990 die sofortige Einrichtung einer Treuhandverwaltung vor, die das „Volksvermögen“ vor einem drohenden „Ausverkauf“ bewahren und langfristig über Anteilscheine an die ostdeutsche Bevölkerung verteilen sollte. Dies war eine zweite große, in der späten DDR diskutierte Alternativvariante neben einer langfristigen Reform der Planwirtschaft.

Schuhmann: *Wie ernst zu nehmen sind zeitgenössische Alternativvorschläge zur real existierenden Marktwirtschaft von der westdeutschen Linken?*

Böick: Für uns als Historikerinnen und Historiker sind sie sicher ernst zu nehmen – auch wenn diese dann nach dem überraschend deutlichen Ergebnis der Volkskammerwahl alle sehr rasch in der Versenkung verschwanden. Die westdeutsche Linke tat sich seit Beginn der Revolutionen in Osteuropa insgesamt sehr schwer mit politischen Vorschlägen und Alternativangeboten. Der Kollaps des Realsozialismus hatte gerade hier eine tiefe ideelle Krise und existenzielle Orientierungslosigkeit ausgelöst. Auch war umstritten, gerade im deutsch-deutschen Fall, ob der Westen in die ostdeutschen Debatten überhaupt intervenieren dürfe – die Grünen hielten sich aus diesem Grunde beispielsweise weitgehend zurück. Dennoch

formulierten Wirtschaftsexperten aus den Reihen von SPD und Gewerkschaften eigene Vorschläge. So war es etwa Ingrid Matthäus-Maier, die im Januar 1990 öffentlich vorpreschte und forderte, die D-Mark mittelfristig auch in der DDR als Zahlungsmittel einzuführen, um so ein „Signal zum Bleiben“ an die Ostdeutschen auszusenden. Ein Vorschlag übrigens, der in der Bonner Bundesregierung hektische Betriebsamkeit auslöste und dann im Februar 1990 zum „Angebot“ einer sofortigen Wirtschafts- und Währungsunion unter bundesdeutschen Konditionen führte. Dieses überraschende „Angebot“, der anschließende Erdrutschsieg der konservativen „Allianz für Deutschland“ im März 1990 sowie die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom Juli 1990 hatten letztlich den meisten Alternativvorschlägen buchstäblich die Geschäftsgrundlage entzogen.

***Schuhmann:** Bis zum April 1990 existierte ein deutsch-deutsches Modell der Treuhand. Schließlich war die Treuhand eine ursprüngliche Idee der Modrow-Regierung, in der vor allem Reformkommunisten das Sagen hatten. Der Ursprung der Behörde war also ostdeutsch. Wie vollzog sich die Übernahme der Behörde durch die westdeutschen Eliten?*

Böick: Sehr chaotisch. Im Juli 1990, also nach der Wirtschafts- und Währungsunion, trafen die ersten westdeutschen Spitzenmanager in Ostberlin ein. Der erste Westdeutsche bei der Treuhand war der Bundesbahnchef und frühere IBM-Manager Reiner Maria Gohlke. Nach nicht einmal sechs Wochen warf der neue Präsident dann völlig überraschend das Handtuch und schien von der Aufgabe völlig überfordert und gänzlich desillusioniert zu sein. Aber auch sein Nachfolger, der zupackende Hoesch-Chef Detlev Karsten Rohwedder, war in den folgenden Wochen und Monaten intensiv damit beschäftigt, die vorgefundene „Modrow-Treuhand“ nach eigenen Vorstellungen umfassend um- und aufzubauen: strategisch, organisatorisch und personell. Binnen weniger Monate wurde so aus einer kleinen DDR-Dienststelle mit einhundert Mitarbeitern eine nach dem Modell eines westdeutschen Konzerns verfasste Privatisierungsagentur. Wobei sich gerade die Suche nach geeignetem Westpersonal als derart schwierig herausstellte, dass Rohwedder etwa Bundeskanzler Helmut Kohl bat, die Spitzen der westdeutschen Großunternehmen um erfahrene „Leihmanager“ zu bitten, die beim Aufbau der Organisation helfen könnten – was dieser im Herbst 1990 auch tat.

Schuhmann: *Eine Frage zur Rolle der Unternehmensberatungen, insbesondere jener Roland Bergers: Gab die Arbeit der Treuhand den westdeutschen Unternehmensberatungen einen Schub hinsichtlich ihres Auftragsvolumens, ihrer Positionen überhaupt?*

Böick: Die Unternehmensberatungen spielten eine entscheidende und oft wenig beachtete Rolle beim Wirtschaftsumbau in Ostdeutschland. Sie waren bereits im Sommer 1990 für die Treuhand aktiv, als etwa Roland Berger den neuen Treuhand-Chef Rohwedder bei der Entwicklung einer neuen Organisationsstruktur unterstützte. Personalpolitisch wurden immer wieder entstehende Lücken oftmals mithilfe von externen und sehr teuren Beraterteams gefüllt. Eine ganz zentrale Aufgabe war schließlich die Bewertung der über achttausend Betriebe im Treuhand-Bestand, für die noch lange Zeit keinerlei belastbare Kennziffern oder Bilanzen vorlagen. Berater waren maßgeblich an der Ausarbeitung von Unternehmenskonzepten in den Betrieben selbst beteiligt. Diese wurden dann wiederum in einem unabhängigen, aber bei der Treuhand angesiedelten „Leitungsausschuss“ überprüft und eingestuft, der damit maßgeblich über Privatisierung, Sanierung oder Abwicklung im Einzelfall entschied. Kurz und knapp: Insbesondere westdeutsche Berater und Wirtschaftsprüfer waren beim Wirtschaftsumbau auf fast allen Ebenen maßgeblich mitbeteiligt, sind aber in ihren Aktivitäten empirisch letztlich noch sehr schwer zu greifen.

Schuhmann: *Mit Birgit Breuel war seit 1990 eine Vertreterin neoliberaler Wirtschaftspolitik an der Spitze der Behörde („Es ist nicht wichtig, ob die Region den Betrieb braucht, sondern ob das Unternehmen überlebensfähig ist“, Breuel). Wurden die Folgen dieser Ausrichtung, die im Übrigen bis in unsere Gegenwartsgesellschaft hineinwirken, nie bedacht? Wurden gesellschaftliche Polarisierung und Wirtschaftskriminalität nicht diskutiert?*

Böick: Innerhalb der Treuhand wurde durchaus sehr umfassend über die weitreichenden Konsequenzen des scharfen Privatisierungskurses diskutiert, den die Organisation vor allem seit dem Frühjahr 1991 eingeschlagen hatte. Dieser Kurs hat in Ostdeutschland ganz erhebliche Proteste und Demonstrationen ausgelöst, die sich gerade auch gegen Rohwedder und seine Mitarbeiter richteten; der Spiegel sprach von der „bestgehassten Institution“ im

Osten. Nach Rohwedders Ermordung klang diese Kritik zwar zunächst etwas ab, aber brach auch später immer wieder auf – etwa in der politischen Debatte um den Erhalt „Industrieller Kerne“ oder in Form der Diskussionen um den spektakulären [Hungerstreik von Bischofferode im Sommer 1993](#) [Geprüft am 29.09.2018]. Insgesamt beschäftigte sich das Treuhand-Personal selbst sehr umfassend mit der massiven externen Kritik und den Folgen der eigenen Entscheidungen, gerade auch mit den Fehlschlägen und kriminellen Verstrickungen, die innerhalb der Treuhand von einem eigenen Staatsanwalt untersucht wurden. Exemplarisch kann hierfür der Skandal um die Niederlassung in Halle gelten, in der sich ein regelrecht mafiöses Netzwerk gebildet hatte. Gerade viele ostdeutsche Treuhand-Mitarbeiter taten sich mit dem ungemein schlechten Ruf der Treuhand in Ostdeutschland sehr schwer. Aber auch einige westdeutsche Führungskräfte artikulierten entsprechende Zweifel, während andere das beschleunigte Vorgehen vehement verteidigten und sich auch weiterhin auf die bekannte Rohwedder-Formel der „Privatisierung als bester Form der Sanierung“ beriefen. Ganz nach dem Motto: Lieber kurz und schmerzhaft als lang und teuer.

Schuhmann: *Hat die Treuhand in der westdeutschen Gesellschaft überhaupt je eine Rolle gespielt?*

Böick: In der Treuhand beziehungsweise im gesamten Transformationsprozess waren Ost und West natürlich sehr eng miteinander verknüpft. Zehntausende westdeutsche Manager, Berater, Investoren, Journalisten, Gewerkschaftler, Wissenschaftler, Bürokraten oder Politiker haben die Umgestaltung nach 1990 als „Transfer-Eliten“ ganz maßgeblich gestaltet. Neben der oft beachteten Ost-West-, gab es also auch eine qualitativ sehr wichtige West-Ost-Wanderung. Doch insgesamt schwand das Interesse am Osten im Westen in den frühen 1990er-Jahren sehr schnell, als sich zunehmend Stereotype und gegenseitige Vorwürfe festsetzten. Der berühmt-berüchtigte „Besserwessi“ und sein nicht minder prominenter Counterpart, der „Jammerossi“, bestimmten dann die Szenerie. In Westdeutschland wurde (und wird) „der Osten“ dann bevorzugt mit negativen Topoi wie Stasi-Vergangenheit, Rechtsextremismus, Transfermilliarden oder genereller Perspektivlosigkeit verhandelt, auch wenn es immer wieder Gegenteiligkeiten gab und gibt. Insgesamt sind daher auch gerade in der Gegenwart das Wissen und das Interesse an Treuhand und Transformation in

Westdeutschland nur sehr schwach ausgeprägt, was natürlich auch ein Stück weit die hiesige Ratlosigkeit über langfristig fortbestehende Ost-West-Differenzen erklärt.

Schuhmann: *Wie legitimierten westdeutsche Unternehmer, Manager und Berater ihre Eignung für die Arbeit in der Treuhand? Schließlich handelte es sich bei Betrieben, die sie zu evaluieren hatten, um jeweils staatssozialistische Unternehmen mit Kooperationsbeziehungen innerhalb des ostmitteleuropäischen Raumes, einer Region also, die den meisten westdeutschen Akteuren innerhalb der Behörde unbekannt gewesen sein dürfte. Woher nahmen die westdeutschen Unternehmer, Manager und Berater – denn es waren ja vor allem Männer – das Wissen um die Funktionsweise und eventuell vorhandenen Zukunftsperspektiven ostdeutscher Betriebe?*

Böick: Die meisten älteren Manager und Unternehmer, die nach 1990 aus der Bundesrepublik in den Osten kamen, waren mit einem ausgeprägten Selbstbewusstsein ausgestattet. Sie brachten meist mehrere Jahrzehnte Erfahrung als Unternehmer oder leitende Manager in international agierenden westdeutschen Großkonzernen mit und fühlten sich für diese herausfordernde Aufgabe durchaus gewappnet. Ein Headhunter hatte etwa im Sommer 1990 sehr markant in einer Anzeige nach „Profis für die DDR“ gefahndet – und war damit durchaus auf offene Ohren gestoßen. Doch bei vielen Westdeutschen stellte sich dann schnell eine Art regelrechter Praxisschock im Osten ein. Dort schien nichts so, wie sie es gewohnt waren: angefangen von der kargen DDR-Büroausstattung ohne funktionstüchtige Telefone über die zunächst gänzlich fehlenden Informationsgrundlagen bis hin zur als sehr fremd wahrgenommenen Mentalität der Menschen in Ostdeutschland. Von daher entwickelte sich gerade in der Frühzeit der Treuhand eine sehr eigentümliche Ost-West-Kooperation. Während die westdeutschen Führungskräfte einerseits ihr betriebswirtschaftliches und juristisches „Knowhow“ über marktwirtschaftliche Prozesse mitbrachten, waren es gerade die ostdeutschen Treuhand-Mitarbeiter, die ihrerseits ihr lokales Wissen zur Verfügung stellen konnten. Diese waren zuvor oftmals jahrzehntelang in den Plankommissionen beziehungsweise Branchenministerien tätig gewesen und kannten die Betriebe, die Produkte und die Probleme. Doch diese Form der Zusammenarbeit war natürlich stets eine zutiefst asymmetrische: Die Westdeutschen trafen die Entscheidungen und gaben den Ton an, die

Ostdeutschen lieferten die Informationen hierfür und schienen in erster Linie dankbar dafür, der drohenden Arbeitslosigkeit entronnen zu sein.

Schuhmann: *Sie erwähnten in Ihrem Vortrag[3] den Begriff des Abenteurers, als Sie über die Selbststilisierung der Mitarbeiter der Treuhandanstalt sprachen. War es nicht vielmehr so, dass hier Karrieren, die im Westen bereits ihren Zenit überschritten hatten, in dieser Behörde einen so nicht mehr erwarteten Schub erfuhren?*

Böick: Das ist natürlich eine Frage, die bereits zeitgenössisch sehr polemisch diskutiert wurde: Kam nur die „dritte“ oder gar „vierte Garnitur“ nach Ostdeutschland? Aber Fakt ist: Bereits im Sommer 1990 hatte Rohwedder mit führenden Headhuntern darüber diskutiert, wer denn eigentlich den durchaus risikoreichen Weg zur Treuhand nehmen und die üblichen Karrierepfade verlassen würde. Und hier rückten gerade die älteren Führungskräfte in den Fokus, die womöglich bereits über 50 Jahre alt waren und sich selbst in einer biografischen „Sackgasse“ sahen, sich also in ihren Amtsstuben langweilten oder in ihren Unternehmen kaltgestellt sahen. Denen konnte man dann bei der Treuhand neue Herausforderungen und „Spannung wie in einem Abenteurerroman“ versprechen, wie es etwa Personal-Vorstand Alexander Koch in einem Interview 1991 sehr prägnant formulierte. Auch patriotische Motive spielten dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle – viele Treuhand-Manager hatten etwa auch starke biografische Bezüge nach Ostdeutschland und wollten hier durchaus nochmal für das „Vaterland“ tüchtig mit anpacken. Manager mittleren Alters fanden übrigens kaum den Weg zur Treuhand, ganz im Gegensatz zu den westdeutschen Nachwuchsmanagern um die 30, die die Treuhand dann notgedrungen und sehr zahlreich direkt von den Universitäten rekrutierte. Diese jungen Westdeutschen, die im Osten sehr schnell ihren Ruf als „Yuppies“ weg hatten, lockte vor allem die gute Bezahlung und die immensen Entscheidungsspielräume zur Treuhand. Insgesamt wird man die Frage nach der Qualität des Personals jedoch sicher nur im Einzelfall sinnvoll beurteilen können, gerade weil die Rekrutierungspraxis sehr turbulent war und das gewonnene Personal sehr heterogen gewesen ist.

Schuhmann: *Die Treuhand war eine Behörde, die sich wie ein Unternehmen gerierte, wurde sie damit der Rolle innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft gerecht?*

Böick: Damit ist sicher ein zentrales Problem angesprochen, dass dem ganzen Treuhand-Modell innewohnte. Die Treuhandanstalt wurde kurzfristig nach dem Sommer 1990 als unternehmerisch agierende Privatisierungsagentur formiert, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien im Einzelfall entscheiden sollte. Die Bundesregierung sicherte den herbeigerufenen Managern damit zu, ihre Entscheidungen möglichst politikfern und eigenständig treffen zu können. Von daher agierte das Treuhand-Personal sehr technokratisch und wies lange alle politischen Diskussionen weit von sich. Man sah hier eher eine Aufgabenteilung zwischen Treuhand und Politik: Wir gestalten die wirtschaftliche Praxis, ihr vermittelt das Ganze dann politisch in Ostdeutschland. Das hat aber so nicht funktioniert, ganz im Gegenteil: Die Treuhand wurde zum massiv kritisierten „Sündenbock“ und sah sich so einigermaßen hilflos auf weiter Flur der umfassenden Kritik in Ost und West ausgesetzt, während die ihrerseits mit diesem Szenario überforderte Politik weitgehend in Deckung gegangen war. Bis Ende 1992 hatte die Treuhand dann im Eiltempo fast ihr komplettes Portfolio privatisiert oder abgewickelt und wurde danach durch immer neue Ausschüsse und Eingriffe aus Bonn wieder eingeehgt und eingefangen – sehr zum Unmut vieler Treuhand-Manager übrigens, die sich regelrecht „verheizt“ fühlten. Man kann sicher sagen: Das Treuhand-Personal hat die Praxis des Wirtschaftsbaus sehr stark als „hartes“ betriebswirtschaftliches Management-Handwerk begriffen, war aber insgesamt mit den „weichen“ sozialen und kulturellen Folgewirkungen völlig überfordert gewesen.

Schuhmann: *Sie verwenden in Ihren Arbeiten den Begriff der „Frontier“, ein Begriff der unter anderem die Westwanderung der europäischen Migranten in Amerika zwischen dem 17. und dem 19. Jahrhundert und das Grenzland zwischen Zivilisation und Wildnis beschreibt. Im Rahmen der amerikanischen Westwanderung wurden schließlich die indianischen Ureinwohner des Landes nicht nur brutal dezimiert, sondern auch in sogenannte Reservate gezwungen. Was verbinden Sie mit dieser Bezeichnung in Ihren aktuellen Forschungen zur Treuhand?*

Böick: Die Frontier beziehungsweise das Grenzland beschreibt eine erzählerische Figur, die vor allem in zeitgenössischen Interviews der westdeutschen Führungskräfte ungemein

präsent erschien, die ich umfassend ausgewertet habe. Auf diese Weise versuchten zahlreiche westdeutsche Führungskräfte, die für sie durchaus einschneidenden Erfahrungen bei der Treuhandanstalt prägnant zu beschreiben. Dieses Setting nahm sich dann oft wie in einem Karl-May-Western aus, man sprach etwa von „Basaren“, „Häuptlingen“, „Indianern“, „Frontlinien“, „orientalischen Potentaten“ oder „Goldgräberstimmung“. In dieser dann retrospektiv oft verklärten „Goldenen Zeit“ der Jahre 1990/91 war man wagemutig in ein unbekanntes Territorium vorgestoßen, hatte kaum brauchbare Werkzeuge zur Hand und sah sich sehr schnell von zahlreichen Gegnern und Widersachern regelrecht umzingelt. Diese Selbstwahrnehmung bringt uns sicher auch auf die Spur einer Art Wagenburg-Mentalität, die das allerorten angefeindete Treuhand-Personal im Laufe der Zeit kultivierte. In diesem Sinne war die Treuhand-Zeit in den Selbstbeschreibungen gerade ihrer westdeutschen Mitarbeiter durchaus eine sehr einschneidende Frontier-Erfahrung im „wildem Osten“ der frühen 1990er-Jahre. Auch wenn man diese Metaphorik analytisch keinesfalls überspannen sollte, verschafft sie uns einen sehr eindrücklichen Einblick in die durchaus spezifische Mentalität des bunt zusammengewürfelten Treuhand-Personals, das die Praxis des Wirtschaftsumbaus so maßgeblich gestaltet hat.

Marcus Böick studierte in den Jahren 2004-2009 Geschichte, Politikwissenschaften, Soziologie und Sozialpsychologie an der [Ruhr-Universität Bochum](#) [Geprüft am 29.09.2018]. Er wurde, ebenfalls an der Ruhr-Universität Bochum, im Jahr 2016 promoviert und ist dort seit 2017 Akademischer Rat am [Historischen Institut](#) [Geprüft am 29.09.2018]. Sein Buch "[Die Treuhand. Idee - Praxis - Erfahrung 1990-1994](#)" [Geprüft am 29.09.2018] erschien 2018 im Wallstein Verlag.

Mehr dazu in den Zeithistorischen Forschungen: Marcus Böick, »[Das ist nunmal der freie Markt](#)«. [Konzeptionen des Marktes beim Wirtschaftsombau in Ostdeutschland nach 1989](#) [Geprüft am 29.09.2018], in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 12 (2015), S. 448-473.

Literatur

[1] [Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. Ursachen – Hintergründe – regionale Kontextfaktoren](#) [Geprüft am 29.09.2018]. Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen. Studie im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, verfasst von: Danny Michelsen, Marika Przybilla-Voß und Michael Lühmann, Göttingen 2017.

[2] Jürgen Kocka, Vereinigungskrise? Leipzig 1999.

[3] Marcus Böick hielt am 8. Februar 2018 im Institutskolloquium des ZZF einen Vortrag zum Thema: [Eine Expedition in den ‚Dschungel‘ Treuhandanstalt. Über den Wirtschaftsumbau in der ‚Vereinigungsgesellschaft‘, 1990-1995](#) [Geprüft am 29.09.2018].

Zitation: Marcus Böick und Annette Schuhmann, Frontier-Erfahrung im „wilden Osten“. Die Treuhand in den 1990er Jahren. Ein Interview mit dem Historiker Marcus Böick, in: Zeitgeschichte-online, 30.09.2018, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/interview/frontier-erfahrung-im-wilden-osten>